

# BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 04

Juni 2011

Jahrgang 40

## GAGFAH: Immer mehr unzufriedene Mieter

### Stadt Dresden verklagt GAGFAH wegen Verletzung der Sozialcharta DKP verlangt Offenlegung der Heidenheimer Sozialcharta

Gegen den Protest vieler Mieter wurde im November 2006 die Gemeinnützige Baugesellschaft (GBH-Aktien) an die Wohnungsheuschrecke GAGFAH verkauft. Um die Mieter zu beruhigen hat man ihnen von einer „Sozialcharta“ erzählt, die Bestandteil des Kaufvertrags sein soll. Vor allem Oberbürgermeister B. Ilg und GAGFAH-Chef B. Drescher sprachen von einem umfangreichen Katalog sozialer Verpflichtungen: „Die Mieter müssen sich keine Sorgen machen“.

Der Kaufvertrag wurde aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgeschlossen. Nicht nur GAGFAH-Chef Drescher hat mittlerweile das Handtuch geworfen, auch auf der ganzen Führungsebene des Konzerns geht es drunter und drüber. Jetzt erfährt man, dass die Stadt Dresden, die ihre Wohnungen auch

an den Immobilienkonzern ver-scherbelt hat, die GAGFAH wegen Verstoßes gegen die Sozialcharta verklagen wird.

Ein Vergleich mit der Stadt Dresden lässt vermuten, dass auch die

Wohnungen u.v.m. Viele Wohnblöcke in Heidenheim weisen einen hohen Leerstand aus und nicht wenige davon befinden sich in einem verwahrlosten Zustand. Wenn Mieter sich wehrten wurden sie mit Kündigungsandrohungen und anderen Maßnahmen unter Druck gesetzt.

Gegen GAGFAH-Chef William J. Brennan ermittelt die Börsenaufsicht wegen Insiderhandels.

Einer Information zu Folge muss die GAGFAH im Jahr 2013 ca. 5 Milliarden Euro Immobilienkredite re-fi-

nanzieren. Was ist, wenn sie das nicht kann? Sollte die GAGFAH insolvent werden, was passiert mit den ca. 4000 Wohnungen in Heidenheim?

Nicht nur die betroffenen Mieter, auch die ganze Heidenheimer Bevölkerung hat ein Recht auf Offenlegung der Situation.



Wohnungen in der Hermann Voith Straße unter Denkmalschutz werden nicht saniert


Heidenheimer Sozialcharta von der GAGFAH verletzt wird. Grundlage dafür könnte sein: Verkauf von Wohnungen (Vorkaufsrecht), Instandhaltungsmaßnahmen, Mieterhöhungen, Schimmel, undichte Fassaden, verwahrloste Treppenhäuser, merkwürdige Nebenkostenabrech-

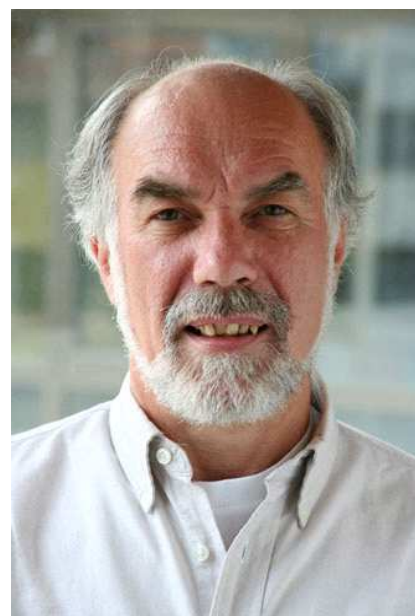


# Geht Profit vor Menschenrechte?

**DKP-Stadtrat R. Püschel verlangt von Voith, sich aus dem Staudamm-Projekt zurückzuziehen!**


Weltweite Proteste richten sich gegen den Belo Monte Staudamm in Brasilien. Die Menschenrechtsorganisation Survival International und ihre Unterstützer protestieren und fordern in einem Schreiben an Voith-Chef Hubert Lienhard, sich aus dem Projekt zu verabschieden. Das deutsche Unternehmen Voith Hydro liefert für das Wasserkraftwerk am Xingu-Fluss im brasilianischen Bundesstaat Para Francis-Turbinen und Generatoren sowie alle Transformatoren. Belo Monte wäre nach seiner Fertigstellung der drittgrößte Staudamm weltweit. Nur, er bedroht die Lebensgrundlage tausender der indigenen Bevölkerung. Der Staudamm würde rund 1 500 Quadratkilometer Land, darunter 500 Quadratkilometer Wald

zerstören und dadurch 40 000 Menschen von ihrem Land vertreiben. In einem Brief an Voith-Chef Lienhard (6.5.11) verlangt DKP-Stadtrat Reinhard Püschel Auskunft über die Beweggründe der Firma Voith. Voith habe sich doch verpflichtet, die „Einhaltung aller relevanten Vorschriften sicherzustellen“, inklusive der „Gesetzgebung zu den Rechten indigener Völker“. Der Staudamm Belo Monte verletzt brasilianische Verfassung und das von Brasilien ratifizierte internationale Abkommen ILO 169, da es zu dem Projekt keine angemessene Konsultation mit den betroffenen indigenen Bevölkerung gab. Der Betriebsrat von Voith-Hydro wurde ebenfalls über den Brief an Herrn Lienhard informiert. 



DKP Stadtrat  
Reinhard Püschel

## Nebeneinkünfte verhindert


Am 12. Mai 2011 wollten die Parteien im Bundestag beschließen, dass in Zukunft Politiker-Nebeneinkünfte bis 10 000 Euro pro Auftraggeber verheimlicht werden dürfen. Dieser Plan ist vorläufig vom Tisch. Mehr als 50 000 Bürgerinnen und Bürger haben innerhalb von 4 Tagen einen Appell gegen die geplante Verschleierung unterzeichnet. Bei der Übergabe der Unterschriften wurde deutlich, wie viel Eindruck der Protest hinterlassen hat. Wir müssen weiter dran bleiben, war die Resonanz der Organisatoren. 

## Volkszählung 2011

Seit dem 9. Mai wird die Volkszählung (Zensus) durchgeführt. Im Landkreis Heidenheim sind 14 000 Personen betroffen, die an rund 140 Interviewer eine ganze Latte von Fragen zu beantworten haben. Die Internationale Liga für Menschenrechte kritisiert die Volkszählung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass mit dem Zensus 2011 für einen langen Zeitraum eine riesige, schwer kontrollierbare zentrale Datensammlung mit hohem Missbrauchspotential entsteht und zeigt auf, welche Gefahren für informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit hier lauern:

1. Mit den zweckentfremdeten Informationen aus diversen staatlichen Datenbanken, angereichert mit sensiblen Daten einer Zwangsbefragung entstehen hochproblematische Personenprofile.
2. Die Daten werden in einer

Zentraldatenbank zusammengeführt und können über eindeutige Ordnungsnummern verknüpft bzw. zugeordnet werden – obwohl das Bundesverfassungsgericht eine solche Identifikations- oder Personenkennziffer schon früher untersagt hatte.

3. Die erhobenen und verknüpften Daten werden nicht unmittelbar nach ihrer Auswertung gelöscht sondern bleiben bis zu vier Jahre lang gespeichert.
4. Diese mangelhafte Anonymisierung ist eine große Gefahr für informationelle Selbstbestimmung, Datenschutz und Datensicherheit. So entsteht für einen langen Zeitraum eine riesige, schwer kontrollierbare zentrale Datensammlung mit erheblichem Missbrauchspotential, wie es allen großen Datenbanken eigen ist. 

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte einschicken an: Reinhard Püschel, Friedenstraße 8, 89522 Heidenheim

# Deutscher Städtetag: Nägel mit Köpfen machen!

DKP: Gewerbesteuer gehört zu der wichtigsten Einnahmequelle

Als ein gutes Ergebnis bezeichnete Roland Baumann (Stadtkämmerei) den Haushaltsabschluss der Stadt Heidenheim. Man sei fast „unbeschädigt“ durch die Wirtschaftskrise gekommen, weil man schon frühzeitig mit einer Sparpolitik begonnen habe.

Den größten Brocken trägt bei den zusätzlichen Einnahmen die Gewerbesteuer mit 9,5 Millionen Euro bei, die nach „länger zurückliegenden Jahren“ von den Unternehmen bezahlt wurde. In seinem Redebeitrag kritisierte DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, dass wir bei der Gewerbesteuerzahlung auf das Wohlwollen der großen

Betriebe angewiesen sind. Es gibt keine öffentliche Kontrolle wie viel, wann und wie ein Großunternehmen seine Steuern zu zahlen habe. Eine Planungssicherheit für die Stadt gibt es nicht.

Püschel zitierte auch die Städtetagspräsidentin Petra Roth, denn ihrer Ansicht nach war 2010 ein finanziell schwarzes Jahr für die Kommunen. Sie sind so tief in die roten Zahlen gerutscht wie noch nie seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Es müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden, um den Kommunen zu helfen und so die besonders notleidenden

Städte vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren.

Der Schuldenstand der Stadt Heidenheim beträgt am Jahresende 2010 45.301 Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 936 Euro entspricht.

In den vielen zurückliegenden Jahren hat die DKP zu den Haushaltsberatungen mit ihren Anträgen die Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert. Die großen Unternehmen wie Voith, Hartmann, Schwenk oder Edelmann haben in der Vergangenheit hervorragende Geschäftsbilanzen vorgelegt.



## Offener Brief an Landesregierung

Verbotsverfahren gegen NPD nutzen

In einem „Offenen Brief“ wendete sich die DKP-Baden-Württemberg an die Landesregierung. Wir „beglückwünschen“ Sie zu Ihrer Wahl und begrüßen es, „dass Sie in Baden-Württemberg einen neuen Politikstiel und eine neue Politik praktizieren wollen“. In ihrem Schreiben an die Landesregierung bringt die DKP ihre Sorgen und Empörung anlässlich des Nazi-Aufmarsches in Heilbronn am 1.Mai zum Ausdruck. Dieser Nazi- Aufmarsch sei ein bewusster Missbrauch des Tages der internationalen Arbeiterbewegung gewesen. 3000 Landespolizisten und 900 Beamte der Bundespolizei aber haben sich den antifaschistischen Demonstranten entgegengestellt um so die Nazis zu schützen. Sie wurden z.T. bis in den späten Abend widerrechtlich festgehalten, ohne Toiletten, ohne Wasser und Verpflegung. Artikel 139 Grundgesetz gibt jedoch all denen Recht, die sich mutig solchen Naziprovokationen entgegen stellen. Dieser Polizeieinsatz wurde von der alten Landesregierung durchgezogen. Daher wäre eine lückenlose Aufarbeitung und personelle Konsequenzen notwen-



AKWs abschalten! Das war die gemeinsame Forderung von über 8000 Menschen bei der Demonstration am Ostermontag in Günzburg. Auch die DKP war unter den Teilnehmern.

dig. Angemessen ist auch eine Entschuldigung bei den Antifaschisten, die in solch unwürdiger Weise behandelt wurden. Die DKP erwartet von der neuen Landesregierung ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD. Zu diesem Zwecke müssen die V-Leute des Landesamts für Verfassungsschutz aus den Leitungsgremien der NPD abgezogen werden.



**Der Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.**

## Brief an SPD MdL Andreas Stoch

### Kommunale Rechte zurück in den alten Stand

Fast zeitgleich mit der Wahl von MdL Stoch zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und den Versprechen der neuen Landesregierung, mit einem neuen Politikstil, Bürgerbeteiligungen und demokratische Rechte auszubauen, bekam MdL Stoch vom Kommunalpolitischen Arbeitskreis der DKP Heidenheim postum einen Brief zu Paragraph 81 der Gemeindeordnung (GemO) von Baden - Württemberg.

Mit der Änderung des § 81 GemO durch die CDU/FDP Regierung wurde das Bürgerrecht, auf einen Haushaltsplan-Entwurf der Stadt durch Abgabepflichtige und Einwoh-

ner Einwände zu machen, klammheimlich abgeschafft.

Die „spießbürgerliche“ Auffassung, dass in einer Parlamentarischen Demokratie die gewählten „Repräsentanten“ stellvertretend für das Volk entscheiden, hat sich mit Stuttgart 21 erledigt. Das „Kommunale Volk sind Wir“, die Abgabepflichtigen und die Einwohner. Für alle Bürger, die Interesse und bürgerschaftliches Engagement haben, muss gewährleistet bleiben, dass gegen einen Haushaltsentwurf, ähnlich wie bei einem Flächennutzungsplan, Einwände und Anregungen gemacht werden können. Diese müssen dann vom Gemeinderat in seinen zuständi-

gen Ausschüssen beraten und behandelt werden und öffentlich im Gemeinderat beschlossen werden.

Das kommunale Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger, Einfluss auf die Grundsubstanz, den Haushaltsplan einer Stadt zu nehmen, muss wieder hergestellt werden.

Das Kommunale Grundgesetz, die Gemeindeordnung, muss in seinem Bestand für die Bürgerrechte erhalten bleiben. Kommunalpolitisch erwartet die DKP, dass das Bürgerrecht des § 81 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg wieder in den alten Stand versetzt wird.



## „Nein“ zum Innenstadttunnel

Mitglieder der DKP und Stadtrat Reinhard Püschel legten bei einer Ortsbesichtigung im Sanierungsgebiet „Soziale Stadt Wilhelmstraße Kastorstraße“ im März 2011 ihren Schwerpunkt auf den von der Stadtverwaltung geplanten und auch von der Mehrheit des Gemeinderats favorisierten Innenstadt-Tunnel.

In einer Zusammenfassung kam der Kommunalpolitische Arbeitskreis der DKP Heidenheim zu folgenden Feststellungen:

Dem Ziel, Heidenheim von Feinstaub zu entlasten (ab 2011 Umweltzone) kommt diese Untertunnelung nicht entgegen. Im Gegenteil. Der Güter-LKW-Verkehr auf der B 466 nimmt zu. Und der LKW-Rückstau am „Nadelöhr-Totenbergr“ um den Kreisel am Schillergymnasium durch den Tunnel wird nicht ausbleiben.

Der Tunnel ist gegenspurig. Die Lärm-, Staub- und die Verkehrsbelastung auf der ausgebauten B 466 von Osten stadteinwärts nimmt zu und die Tunnelabsenkung ist doppelt belastet.

Eine Fußgängerüberquerung auf rund 200 m ist im Bereich der Tunnelabsenkung nicht möglich. Oberirdisch bleiben im Bereich der Tunnelabsenkung gegenüberliegend zwei Fahrspuren für den innerstädtischen

Verkehr und für den ÖPNV. Die 30 bis 40 Millionen Euro für einen Innenstadt-Tunnel, der, wenn genau hingeschaut wird, nur der Fußgängerüberquerung Karlstraße Volksbank zu den Schloss-Arkaden nützlich sein soll, ist verkehrspolitisch und städtebaulich Unsinn. Die zukünftige Belastung der Stadt durch den Güter-LKW-Verkehr muss auf die Schiene.

### Die DKP sagt

„Nein“ zum Innenstadttunnel.



### Die DKP fordert:

Mehr Güterverkehr auf die Schiene.

Einen ausgebauten ÖPNV ins Umland im Radius von mindestens 15 bis 20 Kilometer

Eine von der DKP Stadtrat Püschel bereits im November 2010 beantragte Bürgerversammlung zum Innenstadttunnel, wird am 26. Juli 2011 von der Stadtverwaltung und OB Ilg durchgeführt.

